

Volle Härte gegen Straßenstrich

Ein neues Gesetz soll mit 1. November Prostitution aus Wohngebieten verbannen. Unklar bleibt, ob es für den Straßenstrich am Gürtel Ausnahmen gibt. Bei einer Bürgerversammlung forderten Anrainer für Rudolfsheim-Fünfhaus strenge Kontrollen.



APA/Helmut Fohringer

„Kinder gehen dort vorbei“, „Ich wollte ein Taxi holen und wurde ständig gefragt ‚Wie viel?‘“: Anrainer der Felberstraße, der Äußeren Mariahilfer Straße und des Gürtels können viel zum Thema Prostitution und Straßenstrich erzählen. 150 Bürgerinnen und Bürger sind Montagabend zu einer Versammlung gekommen, zu der drei Anrainerinitiativen geladen hatten. Die Menschen haben genug von den Prostituierten, die an manchen Orten des Bezirks seit Jahrzehnten vor den Schlafzimmerfenstern ihre Dienste anbieten.

Mit dem neuen Prostitutionsgesetz wird der Straßenstrich im Wohngebiet verboten. Grundlage dafür ist der Flächenwidmungsplan. Für die stv. Bezirksvorsteherin von Rudolfsheim-Fünfhaus, Claudia Dobias (SPÖ), ist somit der gesamte 15. Bezirk künftig Sperrgebiet: „Wenn man das Gesetz so liest, wie es geschrieben ist, dann ist ab 1. November Straßenprostitution im Wohngebiet verboten. Der 15. Bezirk ist in seiner Gesamtheit ohne Ausnahmezonen Wohngebiet.“

Bisherige Schutzzonenregelung fällt weg

Durch das neue Gesetz sind auch Anbahnungen im Kleingartengebiet, auf Friedhöfen, in Parks im Wohngebiet, in Bahnhöfen sowie in Stationsgebäuden und Haltestellenbereichen öffentlicher Verkehrsmittel verboten. Die bisherige Schutzzonenregelung fällt weg.

Prostitution in Wien

In Wien gibt es rund 2.500 registrierte Prostituierte. Sie arbeiten in mehr als 500 einschlägigen Lokalen wie Bordellen, Saunas, Laufhäusern und Cafés.

Das bedeutet wiederum, dass Rotlichtlokale, in denen Prostituierte künftig ausschließlich arbeiten dürfen, auch neben Kindergärten und Schulen stehen dürfen. Auch am Gürtel soll der Straßenstrich verboten werden, hieß es. Wo die Prostituierten künftig stehen dürfen, legt eine Steuerungsgruppe mit Politikern, Beamten und NGOs fest. In den nächsten Wochen werden an die Prostituierten mehrsprachige Infobroschüren verteilt.

Die Prostitution in der Felberstraße und der Äußeren Mariahilfer Straße ist vorwiegend in rumänischer und bulgarischer Hand. „Das ist klar organisiert“, so Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle Menschenhandel im Bundeskriminalamt (BK). „Dort gibt es Gebietsschutz, es wird genau geschaut, wer, wann und wo steht.“

Polizei und Anrainer wollen streng kontrollieren

Die Polizei verspricht strenge Kontrollen in Wohngebieten, für die Personal aus ganz Wien zusammengezogen werde. Fritz Schwarz von der Bezirkspolizei kündigte an, den „Kontrolldruck solange aufrechtzuerhalten, bis sich die Situation für die Bürgerinnen und Bürger geändert hat.“ Dennoch, viele Anrainer befürchten, dass die Kontrollen nicht ausreichen werden. Man werde die Entwicklung auf dem Straßenstrich genau beobachten, so Gabriele Schön von der Initiative Felberstraße. „Ich erwarte mir jetzt auch nicht, dass mit 1. November niemand mehr dort steht. Aber ich erwarte mir, dass es zu einer deutlichen Verbesserung kommt.“

Gesetz bringt auch Erleichterungen für Prostituierte

TV-Hinweis

"Wien heute" war bei der Versammlung dabei und hat mit Anrainern gesprochen. Den Beitrag sehen Sie am Dienstag, 19.00 Uhr, ORF2 in „Wien heute“ und danach im Internet [on Demand](#). Von dem neuen Gesetz erhoffen sich aber nicht nur Anrainer eine Entlastung. Es bedeutet auch für die Prostituierten einen kleinen Hoffnungsschimmer. Neben einer Entschärfung der Konflikte mit Anrainern, die aus ihren Fenstern manchmal Wasser über Prostituierte schütten würden, erwartet sich Eva van Rahden, Leiterin der Betreuungsstelle „Sophie“, vor allem bessere Arbeitsbedingungen. Für Lokale, in denen Prostitution ausgeübt werden darf, wird es eine stärkere Reglementierung geben. Damit sollen die Frauen besser geschützt werden. Zudem bringt ihnen das neue Gesetz auch bürokratische Erleichterungen. Die Meldepflicht von Berufsunterbrechungen oder Urlaub entfällt. Positiv zu werten sei auch, dass künftig auch Freier, die außerhalb der erlaubten Zonen mit Prostituierten Kontakt aufnehmen, bestraft werden können. Bisher wurden dafür nur Prostituierte belangt.

„Sophie“, eine Sozialeinrichtung für Prostituierte in Wien-Rudolfsheim-Fünfhaus, betreut Frauen, die am Strich, in Studios, Laufhäusern und Bars arbeiten. Ihre Klientinnen sind zwischen 18 und 70 Jahre alt. Von Analphabetinnen bis hin zu Akademikerinnen ist jede Schicht vertreten, wobei die größere Gruppe nicht hochgebildet sei. Top Thema bei den Beratungen sei im Vorjahr die Existenzsicherung gewesen.

Links:

- [Prostitutionsgesetz neu](#)
- [Wiener Prostitutionsgesetz 2011](#)
- [Sophie - BildungsRaum für Prostituierte](#)